

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 9

Artikel: "Verhinderungswahl"? [Fortsetzung]
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389902>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

«Verhinderungswahl?»

(Zweiter Teil)

Der Wahlkampf treibt seltsame Blüten. Da verludert nicht nur das rechtsstaatliche Denken, das der oberste politische Hüter des Rechts gleich selber in Frage stellt, da erodiert auch die demokratische Kultur, die ein Minimum von Respekt für den politischen Gegner voraussetzt. Da werden Randthemen zu Schicksalsfragen erklärt, damit die wirklich wichtigen Fragen möglichst nicht zur Debatte stehen.

Politischer Gegner oder Feind?

Es ist zwar Mode geworden, linke Kritiker der SVP dafür zu tadeln, dass sie sich in ein «Feindbild» verbissen hätten. Menschenverachtende Kampagnen werden zur blossen Stilfrage erklärt, mit der die grösste Bundesratspartei ihre an sich honorige Politik halt etwas zuspitze. Diese *Verharmlosung* ist nicht weniger gefährlich als das fremdenfeindliche Zündeln mit dem Feuer, das den sozialen Frieden und den Religionsfrieden in der Schweiz bedroht.

Auch in der Politik ist «Stil die Physiognomie des Geistes» (Schopenhauer). Oder eben die Fratze des Ungeistes. So wenn der missliebige Ausländer als schwarzes Schaf über den Rand einer Schweizerflagge hinausgedrängt, per Huftritt «ausgeschafft» wird. Die SVP beschwichtigt, es gehe nicht gegen Aus-

länder, die hier lebten, «ohne Probleme zu machen». Ausser sie wollten sich auch noch einbürgern lassen und verrieten mit ihrem Namen die «falsche» Herkunft. Oder sie hätten die «falsche» Religion. Im Kanton Aargau sorgt ein Plakat für Empörung, auf dem die Frage «Aarau oder Ankara?» zu lesen und daneben eine verschleierte Muslimin zu sehen ist. Eine weitere Plakatausführung wandelt den Slogan ab in «Baden oder Bagdad?» und zeigt ein Minarett im Hintergrund. «Damit wir uns auch in Zukunft wohl fühlen (...)»

Stefan Howald meint in der WOZ (30.8.07), die SVP unterscheide sich von einer «faschistischen Bewegung» unter anderem darin, dass sie «als Massenbewegung (noch) nicht gewalttätig angelegt» sei. Doch Gewalt beginnt, bevor sie ausbricht. In der *verbalen Gewalt* lauert die physische. Und was anderes als verbale Gewalt ist der Appell an niedrigste, nicht zuletzt rassistische Instinkte? Die Einteilung der Menschen nach Gut oder Böse, Freund oder Feind erinnert fatal an faschistische Techniken der *Entmenschlichung* von Mitmenschen, um sie aus der «Volksgemeinschaft» zu entfernen. Die Hetze hat bereits das Klima geschaffen, in dem sich eine rechtsextreme Gewaltszene suhlt. Und die honorige Bundesratspartei schweigt dazu in allen vier Landessprachen.

Feind ist nebst dem «Andersartigen», «Volksfremden» vor allem der politische Gegner. Das hat 1995 mit Wahlplakaten gegen «rot-grüne Filzläuse» begonnen. «Himmel oder Hölle» heisst das (infolge einer gerichtlichen Verfügung vom Netz genommene) neuste Video der SVP mit Gewaltszenen auf dem Bieler Bahnhofplatz und dem Satz: «Wenn Rot-Grün gewinnt, geht die Schweiz kaputt.» Ganz im Sinne der 1. August-Ansprache des Parteivorsitzenden: «Was wir heute in der Schweiz erleben, ist der Zerfall unserer Zivilisation und der Aufstieg der Barbarei» (TA 3.8.07). Daran sind jetzt auch noch die «linken Richter» schuld;

wer beim Zottelspiel im Internet einen von ihnen «wegkickt», erhält einen SVP-Bonus (SoBli, 2.9.07). Ein Nationalratskandidat der Zürcher SVP wirft gar noch Nationalsozialismus und Sozialismus in einen Topf (NZZ, 23.8.07). Im Gegensatz zu vielen Linken hätte besagter Herr das NS-Regime wohl anstandslos überlebt.

Dass die Linke gegen diese Wahlpropaganda reagiert und reagieren muss, versteht sich von selbst. Journalisten, die das kritisieren, sollen sich bitteschön fragen, wo sie eigentlich selber stehen, wenn sie jede Provokation der SVP reisserisch vermarkten und dadurch noch verstärken. Aber fatal wäre es in der Tat, wenn nur die direkt angegriffene Linke sich zur Wehr setzte. Gefordert ist vielmehr auch das «liberal» oder «christlich» firmierende *Bürgertum*. Der Zweck von ein paar besitzbürgerlichen Interessen heiligt nicht das Mittel der Koalition mit einer in Rechtsextremismus ausufernden Partei.

Ein klares Wort wäre von den *Kirchen* zu erwarten. 2004 hatte der *Rat des SEK* das damalige Rattenplakat gegen eine Mehrwertsteuererhöhung als «Verachtung des politischen Gegners und Missachtung der Menschenwürde» gerügt. Weiter hiess es im offenen Brief an die SVP-Führung: «Ihre Plakatkampagne erinnert an Propaganda und Manipulation zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie bedient sich eines rassistischen Symbols aus jener Zeit. Als Parteileitung stehen Sie – in Verantwortung vor der Geschichte – in der Pflicht für die Entwicklung eines politischen Stils, der den Gegner achtet.» Auf der katholischen Seite hat der Zürcher Weihbischof *Peter Henrici* die SVP für schlicht unwählbar erklärt. Ende April 2005 meinte er gegenüber der «Südostschweiz», «dass die SVP die einzige Partei ist, die ein guter Christ nicht wählen kann.» Heute sollten die Kirchen zusammen mit andern Religionsgemeinschaften entschiedener denn je den Anfängen wehren, die bald keine mehr sind. An der Unterscheidung der

Geister kommen sie nicht vorbei, dazu wird spätestens die von SVP-Exponenten angekündigte Volksinitiative zur Trennung von Kirche und Staat beitragen, mit der «das politische Engagement der Kirchen» bekämpft werden soll (NZZ, 20.7.07).

Sozialstaat und Ökologie

Es ist in diesem Wahlherbst nicht die Zeit für grosse Entwürfe, aber dennoch für ein Gegen- oder Widerstandsprojekt, das sie wieder möglich macht. Es geht um die Bewahrung jenes Minimums an Gerechtigkeit, das schon die Bundesverfassung verlangt, insbesondere um die Erhebung von *Steuern* nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wie das Bundesgericht am 1. Juni gegen degressive Steuertarife festhielt. (Auch gegen diesen «Fehlpruch» will die SVP die Verfassung ändern, was ja nicht nötig wäre, wenn die Richter falsch entschieden hätten.) Darüber hinaus müssten schweizweit Mindesttarife für hohe Einkommen und die Besteuerung grosser Erbschaften durch den Bund eingeführt werden. Nur so lässt sich das Sozialziel von Art. 41 der Bundesverfassung verwirklichen, dass «jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat». Nur so lässt sich die *Umverteilung* von unten nach oben umkehren, wie es einem funktionierenden Sozialstaat entspricht. Wenn gesagt wird, dass «der Staat mehrheitlich von einer Minderheit finanziert» werde, so heisst das ja nur, dass in der Wirtschaft die Mehrheit für eine Minderheit arbeitet, sodass die Kluft zwischen den Einkommen immer grösser wird.

Das zweite grosse Thema, nach dem Kriterium der Dringlichkeit sogar das wichtigste, müsste die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch den *Klimawandel* sein. Die SVP ist die einzige Partei, die diese für unsere Zukunft existentielle Frage als «Angstmacherei» abtut (Blocher im SoBli, 2.7.07). Dafür pflegt sie einen Wachstumsfetischismus, der echten Konservativen längst

ein Gräuel sein müsste. «Die SVP setzt auf die Strassen», titelte unlängst die NZZ (26.6.07). Die Parteileitung beklage sich über die massive Zunahme der Staus auf Autobahnen, weil deren Ausbau vernachlässigt worden sei. Darum müssten Abgaben und Gebühren des Strassenverkehrs, ja selbst Bussen, für mehr Strassen verwendet werden. Der Provokation nicht genug, hat die grosse Kammer Anfang Juni auf Betreiben der SVP gleich noch das geltende Verbot von Formel-1-Rennen aufgehoben. Was Not tut, ist ein *politischer* Klimawandel, damit die Zeichen an der Wand endlich ernst genommen werden.

Eine *selbstbewusste Linke* von Rot bis Grün ist gefragt. Sie hat die Themen, auf die es für die Zukunft ankommt. Es ist mir völlig unverständlich, wie SP-Exponent/innen im Kanton Zürich mit *Law and Order-Parolen* die SVP auf ihrem eigenen Terrain schlagen wollen. Diese «paradoxen Interventionen» erregen zwar mediale Aufmerksamkeit, sind aber letztlich populistische Verzweiflungstaten, die der von rechts betriebenen Emotionalisierung Vorschub leisten und wie diese von den politischen Schicksalsfragen ablenken.

Es heisst, Massnahmen genügen nicht gegen Jugendgewalt, es gelte, schon bei 14-Jährigen die Strafe als «Ausgleich für Schuld» einzusetzen. Vorbei die Zeit, da die Linke das Schuldstrafrecht durch ein «Besserungs- und Bewährungsrecht» (Gustav Radbruch) ersetzen wollte, um endlich von der Fiktion wegzukommen, Richter könnten über *Schuld* urteilen. Der individuelle Schuldvorwurf gegenüber gewalttätigen Jugendlichen entlastet vor allem eine Gesellschaft, die nicht wahrhaben will, dass ihre eigenen Defizite an Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten den Nährboden für Jugendgewalt bilden. Er ist ein Persilschein für die Partei, die diese Gewalt noch zusätzlich provoziert, indem sie junge Menschen demütigt und ihnen vorwirft, aus dem «falschen» Ausland zu kommen oder die «falsche» Religion zu haben. *Georg Kohler*, Professor für Politische Philosophie in Zürich, sprach bei den vorletzten Wahlen von einer «Zerstörung der sachpolitischen Vernunft durch den populistischen Willen zur Macht» (Weltwoche, 28.10.99). Wer immer mit der SVP um ein solches «Erfolgsrezept» wetteifert, kann diese Partei auf ihrem destruktiven Weg nur bestätigen. ●

Zu Hans Fässler: Die Schweiz und die Sklaverei

(NW 7-8/2007, 217ff.)

Wird das Unrecht gemildert, wenn eine Bergspitze umgetauft wird?

Sehr geehrter Herr Fässler
Vielen Dank für Ihren Bericht über Schweizer Profiteure der Sklaverei.

Ich frage mich jetzt: Wie kann man hier etwas *wiedergutmachen*? Kann irgendeine Entschuldigung der Grösse des Unrechts angemessen sein? Zudem sind weder Täter noch Opfer am Leben. Gibt es hier eine Sippenhaftung? Wer soll bezahlen, wer bekommen? Wer bezahlt die Juristen, die da entscheiden? Wird das Unrecht gemildert, wenn eine Bergspitze umgetauft wird?